

Offene Fragen zu Wil West

wz 4.1.19

Region Vier Hinterthurgauer Kantonsräte haben im Grossen Rat eine Interpellation zum Entwicklungsschwerpunkt Wil West eingereicht. Darin verlangen sie Antworten zur Planung des Grossprojekts.

Mit dem Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wil West entstehe ein gigantisches Projekt angrenzend an die Stadt Wil auf Thurgauer Boden. Der ESP ist aus wirtschaftlicher, raumplanerischer und verkehrstechnischer Sicht eines der wichtigsten Projekte des Kantons Thurgau. Das schreiben die vier Kantonsräte Kurt Egger (GP, Eschlikon), Josef Gemperle (CVP, Fischingen), Toni Kappeler (GP, Münchwilen) und Robert Meyer (GLP, Eschlikon) in einer kürzlich eingereichten Interpellation.

Thurgau investiert sechs Millionen Franken bis 2022

Der Titel lautet «Entwicklungsschwerpunkt Wil West: ein Leuchtturmprojekt ohne öffentliche Diskussion?». Der Vorstoss wurde von 33 Kantonsräten mitunterzeichnet. Die Grösse dieses Projektes verdeutlichen sie mit Zahlen: So sollen zwischen 1750 und 3000 neue Arbeitsplätze entstehen. «Maximal 250 000 Quadratmeter Bruttogeschossflächen sollen auf dem Reissbrett völlig neu geplant und dann auch gebaut werden», halten die Kantonsräte im Vorstoss fest. Die In-

frastrukturkosten belaufen sich auf über 150 Millionen Franken, eingerechnet ist der neue Autobahnanschluss Wil West. Bund, Kantone und die angrenzenden Gemeinden sollen die Kosten tragen. Bis 2022 investiere alleine der Kanton Thurgau gegen sechs

Millionen Franken in die Planung, rechnen die Politiker aus dem Hinterthurgau in ihrem Vorstoss vor.

Nun stellen die vier Kantonsräte Fragen an die Regierung. So etwa: «Wer trägt die Hauptverantwortung für dieses wichtige

Projekt?» Weiter wollen sie wissen, ob die Vernetzung aller wichtigen Akteure über die verschiedenen Stufen auch über die Kantonsgrenze hinweg sichergestellt sei. Zudem fragen sie, in welcher Form der Grosse Rat periodisch informiert werde. Ebenfalls er-

kundigen sie sich, ob die wichtigen Leuchttürme in den Bereichen Raumplanung, Energie und Verkehr auf Kurs seien. Weiter wollen sie erfahren, ob es bereits Interessenten für die Ankernutzungen in den Baufeldern «Autobahn» und «An der Allee» gebe. «Wie wird sichergestellt, dass nicht grosse Investitionen in Infrastrukturen getätigt werden, bevor Käufer für die Areale vorhanden sind?» Ebenfalls interessiert die Kantonsräte, ob die zuziehenden Firmen Steuererleichterungen erhalten. Die Politiker halten ausserdem fest, dass der Kanton mit einer kantonalen Nutzungszone Neuland betrete. Deshalb fragen sie, welche demokratischen Mitwirkungsrechte bestehen. Eine weitere Frage betrifft den Wohnraum: «Werden nebst den Arbeitsplätzen ausreichende, auch preisgünstige Wohnmöglichkeiten in nächster Nähe zur Verfügung stehen?»

Die Regierung hat ein Jahr Zeit, die Fragen zu beantworten. Anschliessend ist eine Diskussion im Grossen Rat möglich.

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch



Westlich von Wil sollen rund 2000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Bild: Hanspeter Schiess/Urs Bucher